blickpunkt

312 12/96

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Profit, Profit, Profit . . .

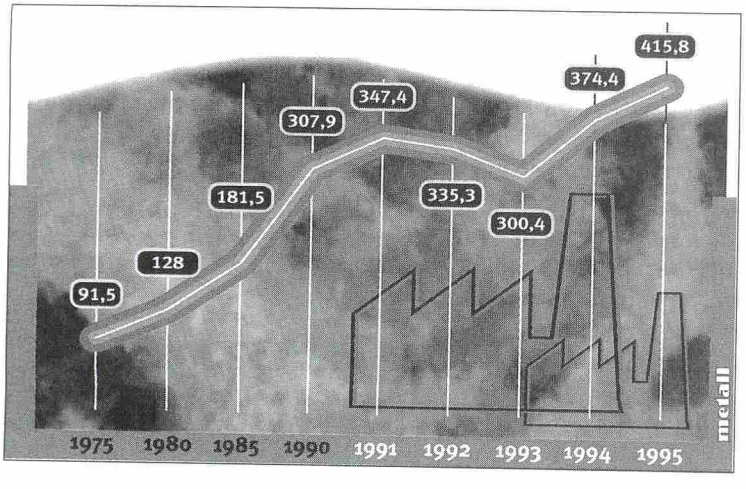
. . . diese Devise von Daimler-Benz-Chef Schrempp setzen Deutschlands Manager jetzt um. Die Unternehmensgewinne explodieren. 1995 stiegen diese nach Abzug von Steuern in Westdeutschland um 11% auf das Rekordhoch von 415,8 Milliarden Mark *(s. IGM-Grafik)*.

Gleichzeitig nahm die Zahl der Arbeitslosen auch im November wieder drastisch zu. Höhere Produktionszahlen bei steigenden Gewinnen mit weniger Beschäftigten, das ist die Losung des Kapitals.

Dabei bedeuten weniger Beschäftigte: weniger Einzahlungen in die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, weniger leistungsfähige Krankenkassen, mehr Zuzahlung für Medikamente, Kur- und Krankenhausaufenthalte, weniger Kaufkraft, mehr Sozialhilfeempfänger, ärmere Städte und Gemeinden, höhere kommunale Gebühren.

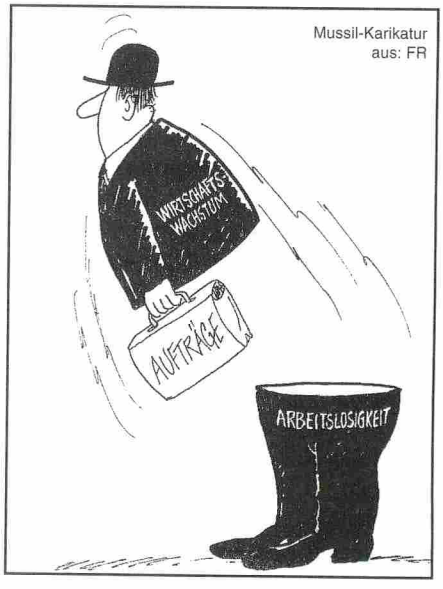
Die Umverteilung von unten nach oben geht ständig weiter. Dieser Tage begrüßten die Unternehmerverbände und die Pharmaindustrie die neuen Seehofergesetze, während Krankenkassen, Ärzte, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, sowie Vertreter der Heilberufe und Selbsthilfegruppen schärfstens dagegen protestieren.

Täglich gibt es jetzt Proteste und Demonstrationen gegen die bereits beschlossenen und die geplanten Grausamkeiten der Bonner Regierung im sozialen Bereich. Was Bonn im Verein mit den Vertretern der Konzerne und der Arbeitgeberverbände praktiziert, ist Kapitalismus pur. Auf allen Gebieten wurde und wird das sogenannte „soziale Netz" zerrissen. Sie brechen Verträge und nennen ihre Gesetzesänderungen Reformen. Die Unternehmer reden in einer noch nie da gewesenen Offenheit in Belange des Parlaments und der Regierung hinein und begründen ihre Forderungen z.B. bei der Lohnfortzahlung, mit der Sorge um die Zukunft der Arbeitsplätze. Der Teufelskreis, mit der Gewinnsucht des Kapitals begonnen, muß gebrochen werden. Wenn sich die Betrogenen einig sind, sind sie stärker als die Betrüger. Das müssen die Regierungsparteien in Bonn zu spüren bekommen, auch bei der Wahl am 2. März 1997. HH



Netto-Gewinne in Westdeutschland in Milliarden Mark

Quelle: Statistisches Bundesamt



Mussil-Karikatur
aus: FR

. . . mehr Arbeitslose, mehr Reiche, mehr Arme

Die Schere öffnet sich weiter. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen stieg im November auf 3,94 Millionen. Das sind 75400 mehr als im Oktober.

11,4 Prozent offiziell gemeldete Erwerbslose - das ist neuer Rekord. Nicht gezählt sind hierbei die, die seit Jahren durch die Maschen fallen und in keiner Statistik mehr auftauchen.

Von den Arbeitslosen sind 500 000 jünger als 25 Jahre. Immer mehr Jugendliche haben keine Ausbildungsstelle.

Diese Entwicklung und die wachsende Armut macht keinen Bogen um unsere Stadt. Im Jahre 1993 gab es in Mörfelden-Walldorf 690 Sozialhilfeempfänger (Kosten: 4,6 Mill. DM), Ende Oktober 1996 waren es schon 1112 Menschen und über sieben Mill. DM Kosten. rh

Raffke auf dem Richterstuhl

Da schluckt man schon, auch wenn man weiß, daß in der „freien Marktwirtschaft" noch ganz andere Beträge über und unter dem Tisch fließen. Aber 1,34 Millionen DM als Honorar für eine „anwaltliche Nebentätigkeit" als höchster hessischer Justizbeamter in die Tasche zu stecken, dazu gehört schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit. Noch dazu, wenn der Mann der SPD angehört und die Kohle aus der Kasse der IG Metall fließt.

Alles rechtens, so tönt es aus der Gewerkschaftszentrale, denn Richter Henrichs sei entsprechend der Rechtsanwalts-Gebührenordnung honoriert worden. Da gibt es wohl noch innergewerkschaftlichen Aufklärungsbedarf. Doch zurück zu dem Herrn Henrichs, dem jetzt zurückgetretenen Vorsitzenden des Hessischen Staatsgerichtshofs.

Unbestechlichkeit, tiefste moralische Integrität, außerordentliche Korrektheit, Überparteilichkeit und nur dem Gesetz verpflichtet - so etwa soll nach Eigendarstellung der deutsche Richter beschaffen sein. Da kommen einem mehr als Zweifel. Richter Henrichs ist doch wohl kein absoluter Einzelfall, oder?

Was da auf der wirtschaftlichen Seite unter Unappetitlichkeit abzubuchen ist, ist doch tägliche Praxis. Wieviel Jahre bekamen der bestechliche Politiker Lambsdorff, oder die anderen Teilnehmer des Flick-Bestechungs-Skandals? Keinen Tag mußten die Herren hinter Gitter. Wohl aber wird dem Ladendieb der Prozeß gemacht und er atmet danach Zellenluft. Wieviel Treuhand-Betrüger sitzen hinter Gittern? Wo wurde ein Manager in Untersuchungshaft genommen? Etwa in der Vulkan-Affäre?

Wie hält es die deutsche Justiz in den politischen Prozessen, gerade jetzt in dem seit sieben Jahren anhaltenden Rachefeldzug gegen Politiker aus der ehemaligen DDR? Wird nach Internationalem Völkerrecht, nach abgeschlossenen Verträgen wie dem Vereinigungsvertrag, oder den anderen zwischen den Deutschen Staaten ausgehandelten Verträgen geurteilt und verhandelt? Nein. Das „Recht" wird hingebogen.

Gedanken zur Wahl

Am 2. März ist Kommunalwahl. Jetzt melden sich auf einmal auch Parteien, von denen man normalerweise vier Jahre lang nichts hört. Die F.D.P. zum Beispiel. Jahrelang macht sie nix und jetzt bietet sie „Fachleute" für alles an. „Fachleute" für Sozialabbau haben F.D.P. und CDU natürlich in Bonn zur Genüge. Hoffentlich bekommen sie wenigstens bei der Kommunalwahl mal die Quittung für ihre menschenverachtende Politik.

Überhaupt, die „Fachleute" - bald werden wir sie in den Briefkästen finden: vierfarbig auf Kunstdruckpapier. Die meisten wird sicher die SPD aufbieten. Fachleute für alles. Daß die Praxis anders aussieht, merkt man, wenn man mal eine Stadtverordneten-Versammlung besucht. Da reden meist nur die, die ganz vorn sitzen. Der Rest schweigt, manche machen eine ganze Legislaturperiode nicht einmal den Mund auf.

Bei den zu erwartenden farbigen Kunstdruckprospekten werden wir eh das alle vier Jahre sich wiederholende Ritual beobachten können: Alles was Positives geleistet wurde in der zurückliegenden Legislaturperiode, stammt von der SPD. Haben die anderen nichts geschafft? Nach der ersten Durchsicht der Kommunalmaterialien der Grünen kann man feststellen: Ökologie steht vor allem, soziale Fragen tauchen kaum auf. Diese Entwicklung ist seit Jahren spürbar.

Und noch etwas merkt man schon im Vorwahlkampf. Da kommen Forderungen wie: „Wir beanspruchen den hauptamtlichen Stadtrat" oder den Ersten Kreisbeigeordneten. Angeblich ist nur so entscheidend die Politik zu bestimmen. Dahinter steckt natürlich immer auch der Drang zur Futterkrippe.

Im Kommunalwahlprogramm der DKP / Offene Liste gibt es da andere Schwerpunkte. Wir sind der Meinung, auch in der Opposition kann man Politik mitgestalten.

Ganz vorn steht bei uns die Forderung, alles zu tun, daß den kleinen Leuten nicht auch noch in der Kommune das letzte Hemd ausgezogen wird.

Interessierte sollten sich das Kommunalwahlprogramm der DKP/OL einmal ansehen, vielleicht gefällt es und vielleicht gibt es Verbesserungsvorschläge.

Wir wissen natürlich, Programme sind das eine, die Durchsetzung und der politische außerparlamentarische Druck das andere.

Deshalb geben wir ja auch monatlich diese Zeitung heraus, finanziert von den Sitzungsgeldern der DKP-Stadtverordneten und des DKP-Magistratsmitgliedes.

Es ist schon so, wenn die DKP nicht mehr ins Parlament käme, dann würde innerhalb eines Jahres auch der „blickpunkt" nicht mehr erscheinen. Das ist die Realität.

Aber auch ein Grund,
am 2. März DKP / Offene Liste zu wählen.

Linke Opposition bleibt notwendig!

Gute Vorschläge eines Arbeitslosen

Ein Düsseldorfer Arbeitsloser schickte eine Eingabe an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages. Nachfolgend die Eingabe und die „Antwort", die der arbeitslose Kollege bekam.

Der Düsseldorfer machte - „mit freundlichen Grüßen" - dem Bundestag folgende Vorschläge:

„1. Kürzung der Abgeordnetenbezüge um 30 Prozent. Bei den Sparmaßnahmen darf es keine Tabus und Besitzstandswahrung geben. Die Abgeordneten haben sich in den letzten Jahren einen Speckgürtel zugelegt, der so nicht mehr länger finanzierbar ist.

2. Wird ein Abgeordneter krank: Kürzung der Bezüge um 20 Prozent während der ersten sechs Wochen. In den ersten drei Tagen werden keine Bezüge gezahlt, damit kann wirksam gegen Blaumacher und Sozialschmarotzer vorgegangen werden.

3. Nebenbezüge wie Übergangsgelder, kostenlose Bahnfahrten usw. werden ersatzlos gestrichen, dies sind alles Relikte aus vergangenen Zeiten und so nicht mehr finanzierbar.

4. Offenlegung und volle Anrechnung von Einkünften, die neben den Diäten erzielt werden. Es kann doch nicht sein, daß Abgeordnete anstatt für das Wohl des Volkes ihre Arbeitskraft zur Erzielung von Nebeneinkommen einsetzen. Dies in der Regel zu Zeiten, wo sie eigentlich als Abgeordnete tätig sein sollten. Dieser Sozialbetrug an der Gemeinschaft muß aufhören.

5. Reduzierung der Parlamentsferien auf drei Wochen im Jahr. Statt Sonderferien Ernteeinsätze mit einem Stundenlohn von sechs bis sieben DM zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit (auch als Schlankheitskuren geeignet).

6. Streichung der Zuschüsse zur Altersvorsorge. Ich verstehe nicht, warum den Abgeordneten nicht so viel Intelligenz zugetraut wird, für ihr Alter selbst Vorsorge leisten zu können. Es hat sich eine Mentalität breitgemacht, dies alles der Allgemeinheit anzulasten.

Lassen Sie sich nicht von dem Sozialneidgejammer einiger Abgeordneten beeindrucken, die immer betonen, wie viel sie doch in der Wirtschaft verdienen könnten. Setzen Sie meine Vorschläge in die Tat um!"

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages, Christa Nickels von den Grünen, teilte dem Arbeitslosen mit, daß das Petitionsverfahren abgeschlossen - also abgelehnt - ist.
Die Begründung hat folgenden Wortlaut:

„Der Petitionsausschuß hat die Petition zur Kenntnis genommen. Er sieht in den überzogenen und polemischen Forderungen keinen konstruktiven Beitrag, der eine seriöse Befassung mit der Problematik ermöglichen könnte. Mit Begriffen wie Blaumacher, Sozialschmarotzer, Speckgürtel, Sozialbetrug und Sozialneidgejammer kann eine angemessene Diskussion nicht geführt werden."

Aus dieser hochoffiziellen Begründung einer Bundestags-Institution lassen sich zwei wichtige Folgerungen ableiten:

1. Da alle beanstandeten polemischen Begriffe, die laut Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine seriöse Befassung nicht zulassen, wortgetreu aus Bundestagsdebatten, aus Äußerungen des Bundeskanzlers Helmut Kohl, führender Politiker der Bonner Koalition und Repräsentanten von Unternehmerverbänden stammen - können wir uns künftig auch auf die Autorität des Deutschen Bundestages berufen, wenn wir uns mit der Sparpolitik, dem Sozialabbau usw. nicht bzw. nur äußerst kritisch und aktiv ungehalten befassen.

2. Wenn die Forderungen des Arbeitslosen vom Petitionsausschuß als „überzogen" zurückgewiesen werden, sollten wir herausfinden, welche Forderungen vom Bundestag als nicht überzogen anerkannt werden können: Vielleicht Kürzungen der Bezüge um 25 Prozent (statt um 30 Prozent? Oder Reduzierung von Übergangsgeldern, Fahrtkosten, Nebeneinkünften, Ferien um nur 90 Prozent (statt 100 Prozent)? Wäre da Spielraum? Wäre der Bundestag - wie die Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen - zu Kompromissen bereit und zu welchen?
Die Idee des arbeitslosen Düsseldorfer Kollegen sowie die Antwort des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages eröffnen Aktionsmöglichkeiten auf der einen und Sparmöglichkeiten auf der anderen Seite, an die bislang noch kaum jemand gedacht hat.
(Aus: „Unsere Zeit", Zeitung der DKP)

UZ

Wochen-Zeitung der DKP

Probeexemplare bestellen!
Telefon 0201/200006

Falsche Signale

In der Presse wurde dieser Tage als „Durchbruch" gefeiert, daß in der Metallindustrie Niedersachsens statt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall das Weihnachtsgeld gekürzt wird. Die IG Metall hat dem zugestimmt. Ein deutliches Zeichen dafür, wie stark gerade in SPD-regierten Regionen die Gewerkschaft einknickt. Kampfbereitschaft - in den Betrieben gerade bei der Lohnfortzahlung zweifellos vorhanden - ist offensichtlich nicht gefragt. Wenn man ernsthaft eine andere Regierung in Bonn will, wären da andere Signale nötig.

„Sozial"demokraten

Die SPD hat in Bonn den geplanten Portoerhöhungen der Post zugestimmt. Im Rundfunk war zu hören, der sozialpolitische Sprecher der SPD hätte der Bevölkerung empfohlen, keine Briefe mehr zu schicken, sondern zu faxen. Das sei billiger. Ob der Mann einen Beratervertrag mit einem Faxgerätehersteller hat, wissen wir nicht.
. . . und wieder mal fiel die SPD um. Man will jetzt doch dem Jahressteuergesetz zustimmen. Damit schenkt man den Superreichen, darunter einer Fürstin von Thurn und Taxis, im Jahr nun 9,3 Milliarden Mark. Gleichzeitig werden die Arbeitslosen, die Rentner die Sozialhilfeempfänger, die Kranken und Behinderten zur Kasse gezwungen.

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP „Offene Liste". Von links: Rudolf Dötsch, Bau- und Vereinsausschuß; Rudi Hechler, Haupt- und Finanzausschuß; Helga Fritz, Umweltausschuß; Gerd Schulmeyer, Fraktionssprecher und Sozialausschuß; Heinz Hechler, Ehrenamtliches Mitglied im Magistrat. Erfahrung, Kompetenz. Sie wird auch morgen gebraucht.

SPD-Typisch

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Begegnungen mit Ungarn" wurde die eindrucksvolle Ausstellung „Ungarische Jüdinnen in Walldorf" - Bilder und Dokumente zum KZ-Außenlager Natzweiler - gestaltet. In seiner Eröffnungsrede hat der Erste Stadtrat die Gelegenheit genutzt, sein Engagement in dieser Sache herauszustellen. In aller Bescheidenheit sei darauf hingewiesen: Ohne die Aktivitäten junger Kommunisten in unserer Stadt - die damals (auch von Sozialdemokraten) als Nestbeschmutzer bezeichnet wurden - würde sich unsere Stadt sicher auch heute noch als „nicht betroffen" von diesem Teil der deutschen Geschichte betrachten. Ohne die Anträge der DKP im Stadtparlament gäbe es in unserer Stadt nicht eine Gedenkstätte, mit der sich SPD und Stadtoberhäupter vor allem auch bei internationalen Begegnungen gerne schmücken. Und auch die Einbeziehung des Themas „KZ-Außenlager" in die Veranstaltungsreihe „Ungarn" ist letztlich auf das Drängen der DKP zurückzuführen.

Daß das Thema mit viel Interesse und großer öffentlicher Aufmerksamkeit aufgenommen wurde, sollte ihm deutlich machen, daß es richtig war, dieses Thema nicht auszusparen. Die Ausstellung und die Broschüre „Nichts und niemand ist vergessen" sind ein wichtiges Zeichen in einer Zeit in der manche gerne wieder den Mantel des Vergessens über die eigene Geschichte hängen würden.

Vielleicht gelingt es angesichts dieser Erfahrung auch dem Ersten Stadtrat im Falle seiner Wiederwahl, die Leistungen und Beiträge politisch anders Denkender zu würdigen. HG

CDU-Kultur?

Die Junge Union will den Gewölbekeller beim „Goldenen Apfel" als Jugendtreff nutzen. Rudi Haselbach, der gern Baudezernent werden will, war in der Presse mit dem Ausspruch zitiert, der Schallschutz ließe das Absingen schmutziger Lieder zu. Er tat dies wohl, um zu verdeutlichen, daß nach seiner Ansicht dies nicht der Ort für „Techno-Parties" sein kann. Bezeichnend dennoch für das, was einem führenden Vertreter der CDU beim Thema Jugendtreff einfällt. Und ein Grund mehr für Jugendliche, am 2. März 1997 nicht CDU zu wählen. GS

In SPD-Fußstapfen?

„Nicht zuletzt auf Initiative unserer Stadtverordnetenfraktion wurde 1993 das Kita-Sofortprogramm beschlossen ...", schreiben die GRÜNEN in ihrer Infozeitung im November. Also, die Initiative für das Kita-Sofortprogramm kam 1993 von der Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste, die dazu den ersten Antrag der laufenden Wahlzeit schon in die Konstituierende Sitzung des Stadtparlaments eingebracht hatte! Das wissen auch die meisten Eltern durch den „blickpunkt". Daß auch andere Fraktionen in der folgenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Bearbeitung des Themas Beiträge geleistet haben, ist unbestritten. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich bei dem Thema keiner verweigern wollte. Daß hinterher aber die Vaterschaft beansprucht wurde, kannten wir bisher eigentlich nur von der SPD.Die Koalition scheint die GRÜNEN zu lehren. GS

Gewerkschaft vor Ort

Im November saßen auf Einladung des DGB-Ortskartells aktive Gewerkschafter aus Mörfelden und Walldorf zusammen. Sie diskutierten mit Volkmar Heusel (IGM), was angesichts der ungebremsten Angriffe auf harterkämpfte soziale Besitzstände der Arbeiter und Angestellten, wie sie von Kabinett und Kapital in unserem Land vorgenommen werden, auch vor Ort zu tun ist. Einig war man sich, daß es nötig ist, gewerkschaftliche Strukturen an den Wohnorten wieder stärker zu entwikkeln, um damit auch die Einzelgewerkschaften näher zusammenzubringen. Die Bemühungen will das DGB-Ortskartell in den nächsten Monaten auch in Hinblick auf die Vorbereitung der Maiveranstaltungen im nächsten Jahr - in diesem Rahmen wird die Bauarbeitergewerkschaft in unserer Stadt ihr Hundertjähriges feiern - verstärken. Daß ausgerechnet in einer Zeit, in der die Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite und gewerkschaftliche Präsenz vor Ort notwendiger den je sind, der DGB das Büro in Groß-Gerau schließt, ist ein Armutszeugnis.

50 Jahre Hessische Verfassung

50 Jahre ist die Verfassung des Landes Hessen alt. Sie wurde gemeinsam geschaffen von den Antifaschisten und Demokraten, die den Nazi-Terror überlebt und die entscheidenden Lehren aus diesem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte gezogen hatten.
Ihr Wirken und Wollen war geprägt von der Erkenntnis, daß der Faschismus ausgerottet werden mußte. Ausgerottet mit allen seinen Wurzeln und Auswüchsen: der uneingeschränkten Kapitalmacht; der gnadenlosen Unterdrückung der Arbeiterbewegung; der Liquidierung jeglicher demokratischer Rechte und der grausamen Verfolgung Andersdenkender; der Volksverhetzung und dem Drang nach Krieg und Zerstörung!
Wie sieht die Wirklichkeit heute aus? Immer noch können sich Faschisten aller Schattierungen zusammenrotten und unbehelligt von den Behörden unseres Landes für ihre alten braunen Ziele öffentlich werben.
Immer noch steht das Recht auf Arbeit nur auf dem Papier, und die Aussperrung wird von Hessens Kapitalisten praktiziert wie eh und je, ohne daß der „Verfassungsschutz" sich veranlaßt sähe, einzuschreiten.
50 Jahre danach ist von den fortschrittlichen Inhalten, für die die Schöpfer der Hessischen Verfassung standen, vieles nicht verwirklicht. Wichtige Inhalte müssen erst noch durchgesetzt werden - im Kampf gegen die Demokratiefeinde und Reaktionäre in den Unternehmerverbänden, aber auch in der CDU/CSU und F.D.P. die sich heute verstärkt anschicken, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen.

Das steht in der Hessischen Verfassung:

„Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit" *(Artikel 28)*

„Die Frau und der Jugendliche haben für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung Anspruch auf gleichen Lohn" *(Artikel 33)*

„Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären. Die Aussperrung ist rechtswidrig." *(Artikel 29)*

„Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zur monopolistischen Machtzusammenballung zu politischer Macht - ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen." *(Artikel 39)*

„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen; vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt." *(Artikel 41)*

„Das Privateigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen." (Artikel 45)

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig." *(Artikel 69)*

„Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Machtmißbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen." *(Artikel 42)*

„Das Volk handelt nach den Bestimmungen dieser Verfassung unmittelbar durch Volksabstimmung (Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheid), mittelbar durch die Beschlüsse der verfassungsmäßig bestellten Organe" *(Artikel 71)*

„Die Gesetzgebung wird ausgeübt durch das Volk im Wege des Volksentscheids, durch den Landtag." *(Artikel 116)*

„Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt ... Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz ist von der Regierung unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag zu unterbreiten. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert übernimmt." *(Artikel 124)*

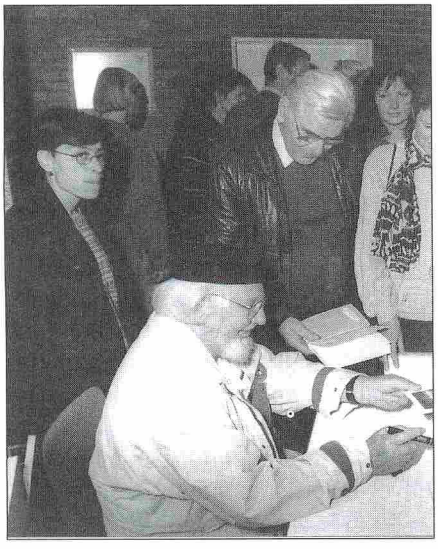
Die Hessische Verfassung wurde am 1. Dezember 1946 mit 76,8 Prozent der Stimmen beim Volksentscheid in Kraft gesetzt.
Gegen die Verfassung stellte sich öffentlich nur die LDP (heute FDP). Die Verfassung wurde unterstützt von SPD, KPD und CDU. Heute würde es die CDU „Volksfront" nennen und verteufeln.
50 Jahre danach sollte man diskutieren über verpaßte Chancen und die Aufgaben der Zukunft.

Bald ist Weihnachten

Eine Broschüre der „blickpunkt"-Redaktion - ein schönes Geschenk.

Wer sich für die Stadtgeschichte interessiert kann nicht daran vorbeigehen.

Erhältlich für DM 5,- in Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der DKP in Mörfelden-Walldorf.



Ernesto Cardenal, der berühmte Dichter, Schriftsteller und Politiker aus Nicaragua war in unserer Stadt.

Seine Botschaft: Die Welt wird vom Kapitalismus bedroht. „Ich habe stets versucht Religion mit Poesie und Politik zu verbinden", meinte der frühere Sprecher der Sandinisten.
Der Marxismus spielt in den Werken Cardenals eine große Rolle. Heute versucht er aktiv den Menschen in seinem Land, eines der ärmsten der Welt, zu helfen.

Zu Veranstaltung in der Stadthalle waren 300 Besucher gekommen.
Es war ein wunderschöner Abend mit Ernesto Cardenal, der „Grupo Sal", die musikalisch die Lesung umrahmte und den vielen Besuchern, für die Solidarität kein leeres Wort ist.

Am Ende des Abends konnte der Partnerschaftsverein Groß-Gerau - Masatepe 1750 Mark für die Arbeit Cardenals überreichen.

Humor ist, wenn man trotzdem lacht

Wahlkampf ist halt. Da wird etwas dikker aufgetragen. In einer Pressemitteilung unterschrieben mit „Vorndran, Erster Stadtrat", schreibt er selbst über sich selbst, er habe „wohlgesetzte Worte" gebraucht. Noch dicker die SPD-Frauen in einer Presseerklärung: Vorndran sei „liebenswert, rundlich, stachelig, solide, treu und unerschütterlich". Tärrääää!

10 Jahre Partnerschaft mit Wageningen

„Die letzten demokratischen Wahlen 1932 brachten für die SPD und KPD zusammen 75%. Da haben also Menschen sieben Jahre länger, als wir Holländer, die Grausamkeiten des Faschismus aushalten müssen", sagte der Sprecher bei der Feierstunde in Walldorf zum 10jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft. Dies wird mit Sympathie bei den Menschen in Wageningen registriert und steuert dem heutigen Vorurteil vieler Holländer entgegen, die den Deutschen die Vergangenheit vorwerfen.

Wageningen gilt als „Befreiungsstadt", weil hier die Kapitulationsurkunde unterzeichnet wurde. Die Zerstörungen in der Stadt waren immens, war das Terrain doch zweimal in der Frontlinie. Die Vergangenheit ist hier noch wach. 1982 erklärte sich Wageningen zur „atomwaffenfreien Zone". Bemühungen der Niederländer um eine Partnerschaft lassen die Wahl auf Mörfelden-Walldorf fallen, weil sich auch unsere Stadt symbolisch zur „atomwaffenfreien Zone" erklärt hat - als erste in Deutschland.

Die Städtepartnerschaft war erst eine „Partnerschaft für den Frieden". Anlaß war der Nachrüstungsbeschluß am Beginn der 80er Jahre mit neuer und teurer Waffentechnologie.

Die Friedensbewegung - Menschenketten, Sitzblockaden, Demonstrationen gab es europaweit. 1984 ruft unser Stadtparlament zur Teilnahme am Ostermarsch auf, ein „Friedenssymposium" findet in der Walldorfer Stadthalle statt...

Die Beschlüsse, die nicht selbstverständlich waren, fußten auf Initiativen der DKP. Andere Aktivitäten wie die Gedenksteine für die Synagoge in Mörfelden und das KZ-Außenlager in Walldorf prägen ebenso das Bild im Ausland wie die Ausstellung und Broschüre „Alltag unter dem Nationalsozialismus".

Erinnern wir uns der Anfeindungen aus den CDU-Reihen. Die Kommunalaufsicht wurde bemüht, ebenso die Landesregierung. Nur um zu verhindern, daß es friedensbewegte Politik gab, über Ländergrenzen hinweg.

Auch heute, wo die Friedenspartnerschaft durch eine „normale" Städtepartnerschaft abgelöst wurde, spielt der Friedensgedanke noch eine wichtige Rolle. Und das ist gut so. Fußend auf diesen Gedanken sind Hilfsprojekte in Nyabikenke/Ruanda und Laslovo (ehem. Jugoslawien) angegangen worden. Wiederum gegen die CDU. rd

Die Volkshochschule kommt wieder heim

Manche Entwicklungen nehmen Umwege. Früher gab es die VHS - die Erwachsenenbildungseinrichtung - auf Kommunalebene. Sie wurde durch den Kreis und das Land finanziell unterstützt. Dann zog der Kreis die Sache an sich. Zentral gesteuert sollte besser koordiniert und dirigiert werden können. Die Finanzmisere der öffentl. Hand zwang zum Umdenken. Zuerst zog sich das Land aus der Verantwortung zurück. Dann kündigte der Kreis einige Aufgaben auf. Die Jugendmusikschule z. B. fiel aus der Förderung heraus. Die Kommunen wurden noch stärker zur Finanzierung herangezogen. Nun sollte die Kreis-VHS als selbständige „Firma" fungieren, die sich praktisch selbst finanziert. Die Auswirkungen wären: Erhöhung der Gebühren, Wegfall von Angeboten und weniger Einflußmöglichkeit der einzelnen Kommunen.

Das Stadtparlament stimmte einhellig für die Heimkehr der VHS. Sie wird künftig bürgernäher arbeiten können und das kulturelle Engagement der Stadt sinnvoll ergänzen. Ein wichtiges Moment wird aber auf jeden Fall sein, daß sich die Bürger diese Bildung leisten können. Daher wird jedenfalls mit uns nicht an der Gebührenschraube zu drehen sein. R. D.

Radwege. Wir bleiben dran!

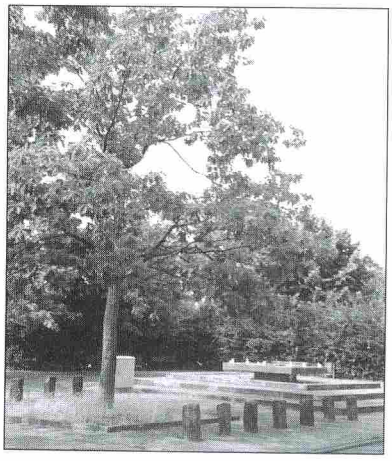
Mehr Autoverkehr

Nach jüngsten Schätzungen der Verkehrsplaner wird der Autoverkehr auf dem Vitrolles Ring, der Okrifteler Straße und dem Zillering nach Inbetriebnahme der Querspange (Wageninger Allee) gewaltig zunehmen. Älteren Untersuchungen zufolge - neue Zahlen liegen erst im März vor - werden insgesamt etwa 6000 Fahrzeuge am Tag über die Querspange rollen. Bei Untersuchungen Anfang Oktober dieses Jahres, zur evtl. Anordnung von Verkehrskreiseln an der Einmündung Querspange/Vitrolles-Ring wurde festgestellt, daß ein normaler einspuriger Kreisverkehr die Menge der Fahrzeuge nicht bewältigen könnte. Bei der Einfahrt in den Kreisel von Norden, würde sich der Verkehr in den Abendstunden bis an den südlichen Ortsrand von Walldorf stauen. Eine Kreiselanordnung wird es deshalb wohl nicht geben. Schon jetzt steht fest, daß z.B. an der Kreuzung Vitrolles-Ring/Zillering/Thälmannstraße in Nord-Südrichtung abends in der Stunde zu den jetzt schon 600 Fahrzeugen noch über 400 weitere hinzukommen. Auch durch den Zillering werden zu Spitzenzeiten pro Stunde fast 1000 Fahrzeuge fahren. Fußgänger und Radfahrer werden dort, wo keine sicheren, ampelgeregelten Fußgängerüberwege oder Radwege vorhanden sind, noch mehr gefährdet sein. Besonders eng wird es für Radfahrer in Walldorf-Süd, wo die beiden Radwege entlang des Vitrolles-Rings plötzlich enden. Es sollte deshalb oberste Priorität haben, entlang von Vitrolles-Ring und Okrifteler-Straße im Bereich der Wohnbebauung Radwege oder Führungselemente für Radfahrer zu schaffen. Dies ist auch im Ergänzungsantrag der DKP/OL-Fraktion zum Radwegekonzept enthalten.

Heinz Hechler

Rigorosität und Ignoranz!

Was ist ein Stadtverordnetenbeschluß wert? Ein solcher fordert, daß die großen Bäume auf dem Allendeplatz stehen bleiben sollen. Mit Erschrecken mußten die Anwohner dennoch feststellen, daß der eine Baum, eine ca. 20jährige Eiche (Foto), für viele Tausend Mark vor einigen Jahren wegen der Omnibushaltestelle versetzt, abgesägt wurde. Wer sind die Ignoranten eines solchen Beschlusses? Wer ordnete die Fällaktion an? Wer ist verantwortlich? Auf dem Rathaus versuchte man sich rauszureden, daß die Baumbeseitigung rechtens sei, zuckt mit den Schultern als sei diese Ignoranz quasi "höhere Gewalt". Was lassen sich Magistrat und Stadtverwaltung eigentlich noch gefallen? Da wird ein stolzer Baum gefällt, da wird ein Bürgersteig beseitigt, eine vorgesehene Dachbegrünung findet nicht statt, eine geplante Baumreihe auf dem Parkplatz wird eingespart. Zählt das alles zum Bereich "Wirtschaftsförderung"? Was ist eigentlich Aufgabe der Bauaufsicht? Sind das Stadtbild, das Kleinklima, die Begrünung, die Wünsche der Anwohner den Stadtoberen schnurzpiepegal? Oder besteht die Stadtverwaltung aus "dummen Jungen", mit denen man machen kann, was man will?



Vor über zwanzig Jahren entdeckten drei junge Leute aus Mörfelden und Walldorf das „vergessene KZ". Alfred J. Arndt, Herbert J. Oswald und Gerd Schulmeyer, Mitglieder der DKP, recherchierten jahrelang, machten Interviews, schrieben ungezählte Briefe, trugen Fakten zusammen. Sie belegten: Am Nordrand von Walldorf befand sich 1944 ein KZ-Außenlager, 1700 ungarische Jüdinnen waren hier gefangen und mußten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten.

Aus Anlaß der städtischen Kulturwochen „Begegnungen mit Ungarn", gab die Stadt jetzt eine Broschüre zum Thema heraus und zeigte eine beeindruckende Ausstellung im Rathaus Mörfelden.

Bei der Ausstellungseröffnung (unser Foto) hätte man sich gewünscht, daß wenigstens Stadtrat Vorndran in einem Nebensatz die drei „Entdecker" erwähnt hätte. Ein Besucher meinte dazu: „Wären die drei Mitglieder der SPD gewesen, wäre das nicht passiert."

Die Ausstellung selbst kann keinen unberührt lassen. Man muß versuchen sich in diese Zeit hineinzuversetzen: Junge Frauen in Sommerkleidern, oft barfuß, mußten unter SS-Aufsicht Baumstämme schleppen. Es gab Hunger, Prügel, schlimme Mißhandlungen, Tote.

Im nächsten Jahre will die Stadt auf dem Standort der KZ-Außenstelle einen Rundgang einrichten. Die Ausstellung selbst wird voraussichtlich in der Bertha-von-Suttner-Schule noch einmal aufgebaut. Die Broschüre ist in den Rathäusern zu erhalten.

Es ist gut, daß die Stadt 52 Jahre danach das Thema aufgreift und der ungarischen Jüdinnen gedenkt.

Rudi Hechler

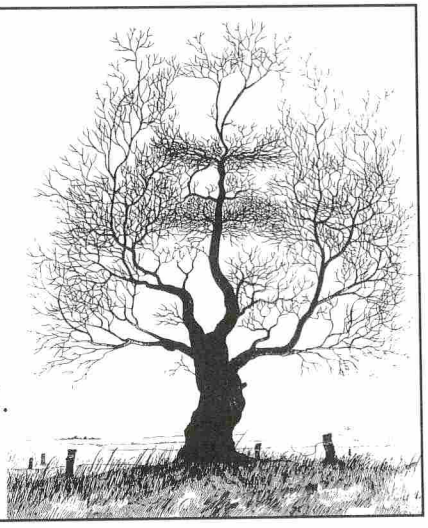
Stadtgeschichten

Die vier von der Tankstelle? Nein, es waren die beiden Inhaber und zwei Mitarbeiterinnen des ersten Café's in Mörfelden, dem Cafe „Corbi". Wir sehen, hinter der Theke stehend, von rechts: An der Kaffeemaschine Ulisse Corbi,Erna Abt, geb. Kemmler, Margarethe Corbi und Eva Schaffner geb. Schellhammer.
Nur noch wenige Mörfelder werden sich an das nur einige Jahre in Mörfelden ansässige gemütliche Café im „Goldenen Apfel", mit der immer freundlich lächelnden Margarethe Corbi, die im November dieses Jahres im Alter von 92 Jahren verstarb, erinnern. Erna Abt, die das Foto dankenswerterweise zur Verfügung stellte, weiß noch genau, daß die Eröffnung am „Kerwesamstag", den 15.Oktober 1948, stattfand und dies über den Ausscheller im Ort bekannt gemacht wurde. Auch weiß sie noch, daß oft samstags abends Kurt Welker und seine Mitspieler für Unterhaltungsmusik und Tanz sorgten.

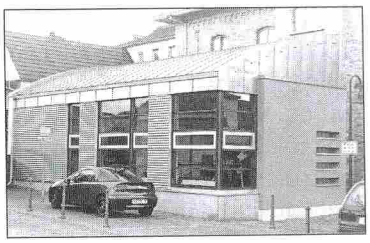
Und dräut der Winter noch so sehr
mit trotzigen Gebärden,
und streut er Eis und Schnee umher,
es muß doch Frühling werden.

Allen Bürgerinnen
und Bürgern unserer Stadt
wünschen wir erholsame
Feiertage und
ein gesundes, friedliches 1997.

DKP Mörfelden-Walldorf



Unser Lexikon



Bleschbix
Blechbüchse

Wer eine Opposition in der Stadtverordnetenversammlung für notwendig hält, wer linke Opposition will . . .

. . . wählt in unserer Stadt
DKP Offene Liste

. . . die mit dem „blickpunkt"!

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.